

Avanti O.

ISO Oberhausen & FreundInnen

Beilage:
April/Mai 1919
Der kurze Sommer der Münchener
Räterepublik

#ENTEIGNEN

Ja, wann denn endlich?

RALF HOFFMANN

Ein Gespenst geht um: Die Forderung nach ENT-EIGNUNG von Wohnungsgesellschaften.

Ein Gespenst jedenfalls für das Bürgertum, ihre Presse und „sozialen“ Netzwerken. Aber warum denn nur?

Dass es in vielen Städten zu einer katastrophalen Lage auf dem Wohnungsmarkt kommen konnte, liegt auch am Privatisierungswahnsinn der Kommunen bzw. des öffentlichen Sektors überhaupt.

Kapitalfonds kaufen zuhauf auch mit öffentlichen Geldern Wohnraum auf. Mieten werden erhöht und Mieter*innen vertrieben, um höhere Profite zu erzielen. In Berlin, München und anderen Großstädten ist dies besonders auffällig.

Die großen Wohnungsbauträger und Wohnungsge-

sellschaften enteignen also täglich Hunderttausende von Mieter*innen, indem sie ihnen das Recht auf Wohnen nehmen. Sie bauen und vermieten nicht, um bezahlbaren Wohnraum für alle anzubieten, sondern für den größtmöglichen Profit. Milliardenschwere Konzerne wie Vonovia und Deutsche Wohnen sind nicht die Lösung, sondern Teil des Problems.

Die Reaktion Betroffener, zum Beispiel die Gründung der Initiative zur Enteignung der Deutsche Wohnen in Berlin, geht in die richtige Richtung. Ihre Forderung ist schlicht die Wahrung des Menschenrechts auf bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum.

Dabei bezieht sich die Initiative auf die im Grundgesetz in den Artikeln 14 und 15 stehende Möglichkeit der Enteignung (siehe Seite 2).

INHALT	EDITORIAL	INHALT
TITEL	<i>Liebe Leserinnen und Leser,</i> Enteignung wird nach vielen Jahren wieder neu und bis hinein ins Bürgertum ernsthaft diskutiert und sogar als Möglichkeit gesehen. Ganz im Sinne des Grundgesetzes (S. 1). Aber in unserer Arbeitswelt ist immer noch alles beim Alten: - Verhinderung von Betriebsräten bei ALDI Süd (S. 3), - Kündigung eines Betriebsrats bei SEA LIFE (S.4), - Arbeitsüberlastung in unserem Gesundheitswesen, und wie sich das Personal und deren Verbündete dagegen wehren (S. 5 und 6). Leider erweisen sich, trotz Greta Thunberg, <i>Fridays for Future</i> und „Hambi bleibt!“, die braunkohlelivernebelten und CO2-umwölkten Machteliten als recht lernresistent. Aber unsere Kinder und hoffentlich auch alle anderen nicht (S. 7). Auf Seite 8 wird die Frage „Warum das PKK-Verbot?“ gestellt. Dazu passt, dialektisch und mit Blick auf die Geschichte Rojavas gedacht, auch die Befreiung der Frauen (S. 10 und S. 12). Und eine Beilage gibt es auch wieder. Diesmal „Der kurze Frühling der Münchener Räterepublik“ von Manuel Kellner. Gute Lektüre!	ÖKOLOGIE
01 Zum Wohle der Allgemeinheit Enteignen! EDITORIAL/INHALT/SOZIALES		07 Sternmarsch „Unsere Dörfer bleiben“
02 Fortsetzung von S. 1 BETRIEB UND GEWERKSCHAFT		07 Fridays for Future Länderübergreifende Demo
03 BR-Mobbing I Aldi Süd behindert Betriebsräte		ANTI-REPRESSION
04 BR-Mobbing II Sea Life Oberhausen will Betriebsrat feuern		08 PKK-Verbot Warum eigentlich?
PFLEGENOTSTAND		FEMINISMUS
05 „OLYMPISCHER BRIEF“ Im Ruhrgebiet angekommen		10 Internationaler Frauentag 2019 Impressionen
OBERHAUSEN		12 Internationales Frauenseminar Spendenaufruf
06 Protest gegen Personalmangel Gesundheitsminister zu Besuch		12 TERMINE
06 Veranstaltung Spenden für Rojava		THEORIEBEILAGE
	<i>Eure Redaktion</i>	MÜNCHENER RÄTEREPUBLIK Episode ohne Bedeutung?

Weder die Angst der braven Bürger: „Die DDR kommt wieder!“ noch die der beschränkten neoliberalen Betonköpfe: „Das muss der Markt regeln!“ wird den systembedingten Zwang zu Ausbeutung und Profitmaximierung in der Wohnungswirtschaft aufheben.

Dabei ist unsere ENTEIGNUNG doch bereits alltäglich! Äcker und ganze Dörfer werden dem Braunkohletagebau, Flächen dem Fetisch Auto und Menschenrechte mittels der Hartz-Gesetze geopfert. Und wenn wir schon darüber reden, warum dann nicht auch über die tägliche Enteignung in mies bezahlten, prekären Arbeitsverhältnissen, wo durch Arbeitsverdichtung und Union Busting die Arbeit „effizienter“ gestaltet, also immer mehr Profite abgepresst werden?

Aber Enteignung und Verstaatlichung alleine reichen nicht aus. Die Wohnungen und die Wohnungsbaupolitik müssen darüber hinaus unter die demokratische Kontrolle der Kommunen und der Mietenden gestellt werden. Dieses wird nur durch Solidarität mit den Betroffenen und eine breite außerparlamentarische Bewegung zu schaffen sein. ■

Artikel 14 GG

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15 GG

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Absatz 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Betriebsräte als Interessenvertretungen der Beschäftigten verteidigen!

Die meisten Unternehmen akzeptieren die Existenz von Betriebsräten. Zumindest, wenn sich deren Gründung nicht vermeiden lässt. Und so lange sie sich im Sinne der Geschäftsleitung verhalten.

O. G.

Anders sieht es aus, wenn diese Gremien ihre Aufgaben ernst nehmen und sich tatsächlich für die Interessen der Beschäftigten einsetzen. In diesem Fall wird die Betriebsratsarbeit von zahlreichen Unternehmen aller Branchen und Größenordnungen gezielt behindert. Engagierte Kolleg*innen werden gemobbt, um sie zu isolieren, zu brechen und / oder loszuwerden.

Und viele Unternehmen probieren es erst einmal aus, ob sich

Betriebsratswahlen nicht doch ganz vermeiden lassen.

Wir berichten hier auf der Grundlage von Informationen des *Aktionskreises gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL)* über zwei Fälle, die in Kürze vor Arbeitsgerichten verhandelt werden. Die Verhandlungen sind öffentlich, die betroffenen Kolleginnen und Kollegen freuen sich über solidarische Unterstützung.

Aldi Süd behindert die Arbeit neuer Betriebsräte

Aldi Süd geht gegen neu gegründete Betriebsräte in Düsseldorf und Langenfeld vor. Die Geschäftsführung will offenbar keine unabhängigen Interessenvertretungen der Beschäftigten haben und kümmert sich lieber selbst um „rechtmäßige Mitarbeiterstrukturen“.

„Ein Klima der Angst“, so titelt die WAZ am 18. April 2019. Der Artikel berichtet über die Arbeitsbedingungen bei Aldi Süd und die Reaktion des Discounters auf die Neugründung eines Betriebsrats in Düsseldorf im November 2018 – dem zweiten Betriebsrat, den es bei Aldi Süd in NRW überhaupt gibt. Der erste wurde erst ein halbes Jahr davor, im März 2018, in Langenfeld gewählt.

Dies ist offenbar dem Unternehmen schon zu viel: Wenn es schon einen Betriebsrat geben muss, dann bitte einen, der im Sinne der Geschäftsleitung arbeitet. So kümmerte sich Aldi Süd lieber selbst um die Angelegenheit und forcierte die Gründung eines Betriebsrats für den gesamten Verkaufsbereich der Regionalgesellschaft mit ihren 1.400 Beschäftigten. Dieses Gremium wurde am 20. März gewählt.

Wie die WAZ berichtet, sind nach der Auffassung des Unternehmens die Gründungen der Betriebsräte in Düsseldorf und Langenfeld nichtig, da angeblich die Verkaufsbezirke zu klein sind, um Betriebsräte wählen zu dürfen.

Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf teilt diese Meinung nicht. Der Beschluss vom 12. März ist jedoch nicht rechtskräftig und wird von Aldi ignoriert. Das hat

zur Folge, dass die gewählten Betriebsräte weder die ihnen zustehenden Sachmittel noch die Arbeitszeiten erhalten, die ihnen zustehen. Außerdem wird offenbar Stimmung gegen sie gemacht.

Die zuständige Gewerkschaftssekretärin von ver.di, Ina Oberländer, sieht darin eine klare Behinderung von Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit.

Um diese Fragen geht es bei der kommenden Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Düsseldorf, am:

**Mittwoch, 8. Mai 2019
12:00 Uhr**

**Arbeitsgericht Düsseldorf
Saal 004 (Erdgeschoss)
Ludwig-Erhard-Allee 21 (D'dorf Hbf,
Ausgang Bertha von Suttner-Platz)
40227 Düsseldorf**

Weitere Informationen gibt es bei LabourNet: „Klima der Angst“: Streit um Betriebsrat auch bei Aldi Süd in NRW, www.labournet.de/?p=147655 ■



Foto: R. Hoffmann.

Sea Life Oberhausen will Betriebsrat fristlos kündigen

AKUWILL

Engagierte Betriebsräte stehen bei betrieblichen Auseinandersetzungen besonders im Visier der Unternehmensleitung. Sie können aufgrund ihres Amtes nicht ordentlich gekündigt werden. Aber eine fristlose Kündigung ist mit Zustimmung des Betriebsrats möglich. Zum Beispiel wegen angeblicher Verletzung einer Arbeitspflicht. Dies wird von aggressiven Unternehmensvertretern häufig als Grund für ungerechtfertigte fristlose Kündigungen angegeben. Verweigert der Betriebsrat die Zustimmung, was in der Regel passiert, kann ein Arbeitsgericht diese per Urteil ersetzen. Genau das möchte die Geschäftsführung von Sea Life gerade erreichen.

Die Betriebsräte des Oberhausener Aquazoo Sea Life wurden im November 2018 gleich in zwei Kategorien mit dem Deutschen Betriebsrätepreis ausgezeichnet. Eine war die Sonderauszeichnung „Fair statt prekär“, weil sie sich gegen die drohende Auflösung ihres Gremiums wehrten.

Vorausgegangen war ein jahrelanger Kampf mit Klagen durch alle Instanzen bis hin zum Bundesarbeitsgericht, unterstützt von der Gewerkschaft IG BAU. Es ging dabei um das Recht auf eigenständige Betriebsräte bei Sea Life und bei Legoland Oberhausen. Beide Betriebe gehören zur britischen Merlin Entertainments Group. Mit der Behauptung, beide Unternehmen seien ein Gemeinschaftsbetrieb, wollte die Merlin Unternehmensführung das bestehende Gremium von Sea Life auflösen und gleichzeitig die Bildung eines zweiten bei Legoland verhindern. Als die Beschäftigten von Legoland in 2015 dennoch einen Betriebsrat gründeten, focht die Geschäftsführung deren Betriebsratswahl an.

Der Betriebsrat von Sea Life entwickelte eine Gegenstrategie, um sich gegen seine Auflösung zu wehren. Das Gremium verschaffte sich das benötigte Wissen durch Schulungen und externe Rechtsberatung, um dem wachsenden Druck standzuhalten: Neben Schikanen wie übler Nachrede, Abmahnungen und fehlerhaften Gehaltsabrechnungen wurden von der

Geschäftsleitung auch für Union Busting bekannte Un-Rechtsanwälte eingesetzt.

Ihre Gegenwehr war erfolgreich. Beide Gremien existieren, arbeitsgerichtlich bestätigt, weiter. Der Gemeinschaftsbetrieb ist vom Tisch. Die Kolleg*innen haben viel erreicht, und sie kämpfen weiterhin gegen diverse Missstände bei Sea Life. Der Betriebsrat muss seine Rechte immer wieder einfordern.

Aktuell strebt Sea Life die fristlose Kündigung eines Betriebsratsmitglieds wegen angeblicher Selbstbeurlaubung an. Der Anwalt des Unternehmens nutzt zudem nachträglich ein Post des Kollegen bei Facebook um zu behaupten,

dass das Vertrauensverhältnis zu dem Kollegen nachhaltig gestört sei.

Der Güutetermin im Januar blieb ohne Ergebnis. Nun will Sea Life vor dem Arbeitsgericht Oberhausen mit einem Zustimmungsersetzungsverfahren die Kündigung des Betriebsrats durchsetzen:

Donnerstag, 9. Mai 2019

11:30 Uhr

Arbeitsgericht Oberhausen

Saal 2

**Friedrich-List-Straße 18 (OB Hbf,
Hauptausgang)**

46045 Oberhausen ■



Sea Life Oberhausen.

Foto: Wikipedia, Krd – Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0.

„Olympischer Brief“: Gute Pflege für alle statt hoher Profite für wenige

PETRA STANIUS

Der „Olympische Brief“ gegen den Pflegenotstand machte Mitte April im Ruhrgebiet Station und traf auch hier auf gute Resonanz.

In der Februar-Ausgabe der *Avanti O.* stellten wir den „Olympischen Brief“ im Wortlaut vor, mit dem auf den gravierenden Personalmangel in Kliniken aufmerksam gemacht und politischer Druck auf die Verantwortlichen erzeugt werden soll. Es ist die erste gemeinsame Aktion der über 20 Bündnisse, die überall in Deutschland gegen den Pflegenotstand aktiv sind.

Seit Januar 2019 wandert der „Olympische Brief“ von Krankenhaus zu Krankenhaus. Tausende Beschäftigte unterschreiben auf den langen Papierrollen in dem Metallkoffer. Sie fordern von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) endlich gute Bedingungen für die Pflege und Versorgung im Krankenhaus – allem voran eine echte Personalbemessung am Bedarf.

Am 15. April kam der „Olympische Brief“ im Ruhrgebiet an und wanderte über die Stationen der Unikliniken (UKE) in Essen-Holsterhausen. Am Morgen des nächsten Tages ging es zu der Ruhrlandklinik in Essen-Heidhausen, damit auch die Beschäftigten dort ihn unterzeichnen konnten. Von Heidhausen wurde der „Olympische Brief“ nach Oberhausen übergeben: Gegen Mittag traf er beim Evangelischen Krankenhaus (EKO) ein, wo er von den Kolleg*innen freudig übernommen wurde. Am Nachmittag wanderte er weiter nach Dortmund.

Getragen wurde die Aktion in Essen und Oberhausen vom Essener Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus (in dem sich auch Menschen aus Oberhausen engagieren), dem Personalrat am UK Essen, dem Betriebsrat an der Ruhrlandklinik, der Mitarbeitervertretung (MAV) des EKO und dem ver.di-Bezirk Ruhr-West. Hunderte von Kolleg*innen und Kollegen haben die Aktiven mit großem Interesse empfangen und mit ihrer Unterschrift den „Olympischen Brief“ unterstützt.

„Olympischer Brief“ als Petition

Der „Olympische Brief“ gegen den Pflegenotstand kann mittlerweile auch per Online-Petition unterstützt werden. Es ist eine Möglichkeit für alle, sich hinter die Pflegekräfte, Ärzt*innen, Hebammen, Reinigungskräfte und alle anderen Beschäftigten zu stellen, die täglich wertvolle Arbeit für uns leisten. Sie sollte intensiv genutzt werden:

<https://kurzelinks.de/zzb3>

Am 5. Juni auf nach Leipzig

Am 5. Juni 2019 findet in Leipzig die nächste Gesundheitsministerkonferenz statt. Dort soll der „Olympische Brief“ mit allen Unterschriften an die versammelten Gesundheitsminister*innen übergeben werden.

Dies soll im Rahmen einer Demonstration für eine menschenwürdige und soziale Gesundheitsversorgung geschehen, zu der die bundesweit vernetzten Pflegebündnisse aufrufen.

Nicht nur die Beschäftigten in den Kran-

kenhäusern sollen sich an der Demonstration beteiligen, sondern möglichst jeder und jede. Von den Gefahren einer profitorientierten Gesundheitspolitik sind alle früher oder später betroffen – sei es als Patient*innen oder als Angehörige.

Mitfahrgelegenheiten können bei der untenstehenden Adresse erfragt werden. ■

Weitere Infos und Kontakt

Essener Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus

Email:

solidaritaet@kontakt@mehr-krankenhauspersonal-essen.de
www.mehr-krankenhauspersonal-essen.de
www.facebook.com/mehrkrankenhauspersonalessonaessen/



Der „Olympische Brief“ am 16. April 2019 im EKO in Oberhausen.

Foto:P. Köster.

Besuch vom Bundesgesundheitsminister beim EKO

Nicht die Sorge um den Pflegenotstand oder das Interesse an den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten veranlasste Bundesgesundheitsminister Jens Spahn zu seinem Besuch des Evangelischen Krankenhauses (EKO) am 25. März dieses Jahres.

P. S.

Vielmehr war er eingeladen als Teilnehmer einer Podiumsdiskussion beim Frühjahrsgespräch der Oberhausener CDU, die am EKO einen Raum gemietet hatte.

Der zuständige Fachbereich von ver.di organisierte kurzfristig eine Mahnwache vor dem Krankenhaus.

Ca. 40 Menschen – Beschäftigte von Krankenhäusern und Unterstützer*innen – erwarteten den Gesundheitsminister. Der nahm sich tatsächlich gut zehn Minuten Zeit, mit den Protestierenden zu sprechen. Seine Antworten auf deren oft mit Empörung vorgetragenen Fragen: Es könne nicht alles von heute auf morgen gehen, sie sollten erst einmal abwarten, bis die neuen Regelungen greifen. Oder den Job kündigen und in einem Krankenhaus anfangen, in dem die Arbeitsbedingungen besser sind. „Ach – es ist überall gleich? Ja, wenn es angeblich überall schlecht ist, was soll man denn da noch machen?“

Das Gespräch mit den Menschen sei ihm sehr wichtig, sagte Spahn. Und ging zu seinem Termin bei der CDU.

Für seine Gesprächspartner*innen ist das Ergebnis sicher weniger befriedigend. So macht die von Spahn vorgesehene Pflegepersonaluntergrenze den Mangel zum Standard und gefährdet so eher die Patientensicherheit, als dass sie zu besseren Arbeitsbedingungen führt.

Es gibt aber die Möglichkeit für ein baldiges Wiedersehen: die Demonstration am 5. Juni in Leipzig – siehe Seite 5. ■



Jens Spahn am 25. März in der Einfahrt des EKO in Oberhausen.

Veranstaltung am 2. April 2019 im K14 zu Türkei und Nordsyrien: Teilnehmende spenden für ein Krankenhaus in Rojava

PRESSEMITTEILUNG DER VERANSTALTER*INNEN

Der Ausgang der türkischen Kommunalwahlen am 31. März 2019 war vorzeichenhaft. Die Wahlen dienten Staatspräsident Erdogan als Stimmungsbild.

Ismail Küpeli, Historiker und Politologe an der Ruhr-Universität Bochum, referierte am 2. April 2019 in der Fabrik K14 unter dem Titel „Kampf um Rojava – Kampf um die Türkei“. Dabei analysierte er zunächst den Ausgang der türkischen Kommunalwahlen am 31. März und nahm Stellung zur Frage, welchen Sinn diese in der heute autokratischen Türkei haben.

Warum sollte uns das in Deutschland auch interessieren? Welche Auswirkungen hat die Kooperation der Bundesregierung mit Erdogan? Und nicht nur in der Türkei, sondern auch hier? Dient es dabei dem Kampf gegen Terrorismus, dass in Deutsch-

land Wörterbücher in kurdischer Sprache beschlagnahmt werden?, waren die Fragen, die er weiter stellte.

Auf der anderen Seite, so Küpeli, haben die syrisch-kurdischen Milizen YPG und YPJ in Nordsyrien unter großen Opfern erfolgreich gegen den Terror des sogenannten Islamischen Staats (IS) gekämpft. Dieser Sieg wird auch von Deutschland gefeiert. Die Fahnen der Sieger aber dürfen hier bei Strafe nicht gezeigt werden.

Im Anschluss ging er auf die aktuelle Situation in der Türkei und der „Demokratischen Föderation Nordsyrien“ (Rojava) ein. Dabei appellierte er an die Zuhörer*innen, ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten wahrzunehmen und sich selbst gegen den Krieg in den kurdischen Gebieten und für das emanzipatorische gesellschaftliche

Projekt in Rojava zu engagieren.

Am Ende der Veranstaltung spendeten die Teilnehmenden für ein Projekt von Medico International: die Sanierung und Ausstattung eines Krankenhauses im kurdischen Kanton Cizire in Nordsyrien. Seit 2014 gibt es hier kein öffentliches Krankenhaus mehr, nur eine kleine Gesundheitsstation sichert notdürftig die medizinischen Grundbedürfnisse von etwa 100.000 Menschen.

Organisiert und durchgeführt hatten die Veranstaltung der Rosa Luxemburg Club sowie die ISO Oberhausen.

Spendenkonto: medico international
IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00
BIC: HELADEF1822

Frankfurter Sparkasse; Stichwort „Rojava“. ■

„Unsere Dörfer bleiben“ – Sternmarsch in Garzweiler

Dass die Braunkohle keine Technologie der Zukunft ist, wird kaum jemand mehr bestreiten. Doch trotz „Kohlekompromiss“ werden von den Konzernen weiter Fakten geschaffen.

Der Erhalt des Hambacher Waldes ist noch immer nicht gesichert, zumal RWE weiter seine Bagger in Richtung Wald in Bewegung setzt und im das Wasser abzugraben droht.

Auch die Existenz von Dörfern, die an Tagebauten im Rheinland und im Leipziger Umland grenzen, ist nach wie vor bedroht.

Zu den gefährdeten Dörfern gehören mehrere Orte am Rande des Tagebaus Garzweiler.

Unter dem Motto „Kohle stoppen heißt alle Dörfer bleiben“ fand am 23. März 2019 ein Sternmarsch der Dörfer in Richtung Keyenberg statt, dem Dorf, das RWE als nächstes abbaggern will. Ein Bündnis hatte dazu aufgerufen, um gegen weitere Zerstörung und Vertreibung zu protestieren.

Etwa 3.000 Menschen beteiligten sich an den acht „Sternschweifern“, die zur Abschlusskundgebung nach Keyenberg zogen.

Seit den 1950er Jahren mussten alleine im Rheinland über 40.000 Menschen ihre Dörfer verlassen: Daran erinnert in Keyenberg ein Friedhof der Dörfer, auf dem erschreckend viele Grabsteine stehen.

Weitere Infos und zahlreiche Presseberichte findet ihr hier: www.alle-doerfer-bleiben.de ■



Der Sternmarsch am 23. März 2019 Richtung Keyenberg.

Foto: R. Hoffmann.



Durch den Tagebau zerstörte bzw. bedrohte Dörfer (Teilansicht).

Foto: R. Hoffmann.

Fridays for Future organisiert ersten länderübergreifenden Streik

Mehrere Landesgruppen von Fridays for Future rufen Europäer*innen zu einem internationalen Klimastreik am 21. Juni in Aachen auf.

PRESSEMITTEILUNG DES ORGA-TEAMS DER KLIMAGROßDEMO AACHEN

Die globale *Fridays for Future* Bewegung erreicht immer mehr Länder. Einige Landesgruppen rufen nun Menschen jeden Alters zu einem internationalen Klimastreik am 21. Juni 2019 in Aachen, Deutschland, auf. Die Gruppen von *Fridays for Future* in Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Schweiz, Italien, UK, Österreich und Dänemark haben bisher eine Beteiligung an dem Streik unter dem Motto „Klimagerechtigkeit ohne Grenzen – Gemeinsam für eine Zukunft“ („Climate justice without borders – United for A future“) zugesagt.

„Die Klimakrise kümmert sich nicht um Landesgrenzen“, erklärt Sam aus dem Organisationsteam des Streiks, „und wir auch nicht! Aber während manche Menschen der älteren Generationen des globalen Nordens sich durch ihre schmutzigen Industrien eine goldene Nase verdienen, werden die jüngeren Generationen und der globale Süden am meisten von der Klimakatastrophe betroffen sein. Wir, die globale Jugend, haben die Nase voll von unserer ungerechten Wirtschaft und von der Untätigkeit der internationalen politischen und wirtschaftlichen

Eliten im Angesicht der Klimakrise. Wir wollen Klimagerechtigkeit, und wir wollen sie sofort!“

„Die Klimastreikbewegung hat gerade erst begonnen“, fügt Greta Thunberg hinzu. „Was jetzt passiert ist nur der Anfang vom Anfang. Die Krise, in der wir uns befinden, ist bei weitem die größte Krise, der sich die Menschheit je gegenüber sah und wir kratzen erst an der Oberfläche der nötigen Veränderung. Es ist sehr wichtig, dass unsere Aktionen und unsere Demonstrationen über das ganze Jahr und an so vielen Orten wie möglich weitergehen. Der Aachener Klimastreik im Juni ist hoffentlich der erste gemeinsame Streik von vielen, die noch kommen.“

„Weil die Regierungen nicht handeln, handeln wir!“ fügt Rosa von *Fridays for Future* Aachen hinzu.

„Wir sind die Zukunft. Wir geben Hoffnung. Auf eine menschlichere Welt. Eine demokratischere, feministischere und solidarischere Welt. Die Menschen, die handeln, als würde nur ihnen die Welt gehören, denken immer weiter an sich. Weil sie in der Vergangenheit feststecken, können sie nur bedauert werden. Doch wir machen eine Zukunft für alle Menschen, egal auf welchem Kontinent! Wir nehmen unsere Zukunft selbst in die Hand!“

Der Streik in Aachen wird der erste länderübergreifend organisierte Streik in der jungen Geschichte der Bewegung sein. Aachen befindet sich direkt am Dreiländereck zwischen Belgien, Deutschland und den Niederlanden und liegt zwischen Europas größtem CO₂-Emittenten, dem Rheinischen Braunkohlerevier, dem Hambacher Forst und dem maroden Atomkraftwerk Tihange.

Die *Fridays for Future* Bewegung wurde im August 2018 durch die damals 15 Jahre alte Greta Thunberg begründet. Die Bewegung ist weltweit aktiv und hat Streiks auf allen Kontinenten, inklusive der Antarktis, organisiert.

Wir laden alle jungen und älteren Menschen ein, sich unserem internationalen Streik für Klimagerechtigkeit in Aachen anzuschließen. Wir freuen uns darüber hinaus über Journalist*innen, die unseren Streik medial begleiten möchten.

Das Orga-Team der Klimagroßdemo Aachen, 4. April 2019

Kontakt: ac2106@fridaysforfuture.de

Quelle: www.fridaysforfuture.de ■

Fälle wie dieser kommen in Deutschland immer wieder vor:

Der Friedensaktivist Claus Schreer soll nach einem Urteil des Amtsgerichts München von März dieses Jahres 2.800 Euro Geldstrafe zahlen. Sein Vergehen: Auf einer Demonstration gegen die Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2018 zeigte er einen Wimpel der syrisch-kurdischen Frauenverteidigungseinheiten YPJ sowie ein Plakat mit der Forderung „Freiheit für Abdullah Öcalan“ und der Abbildung Öcalans.

Laut Staatsanwaltschaft soll der Wimpel der YPJ ein von der PKK vereinnahmtes Kennzeichen sein. Die PKK wird als terroristische Vereinigung geführt. Und so gilt es nicht nur als Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, ein Bild von Öcalan zu zeigen, sondern auch, den Wimpel der YPJ bzw. der Volksverteidigungseinheiten YPG zu verwenden. YPJ und YPG aber haben im Jahr 2014 zehntausende Jesid*innen vor den Mörderbanden des „IS“ gerettet.

Wie kann das sein? Und was ist dran am Terrorvorwurf an die PKK?

Der unten stehende Artikel des Historikers und Journalisten Dr. Nikolaus Brauns ist am 28.11.2018 in der YÖP (Yeni Özgür Politika) erschienen. Mit freundlicher Genehmigung des Autors veröffentlichen wir ihn hier als Hintergrundinformation zur Kriminalisierung der Arbeiterpartei Kurdistans PKK und der syrisch-kurdischen Freiheitsbewegung.

Dimensionen eines Verbots

NICK BRAUNS

Nach der Bombardierung der kurdischen Stadt Lice durch die türkische Armee im Oktober 1993 griffen aufgebrauchte Kurden in mehreren europäischen Ländern türkische Vertretungen, Cafés der faschistischen Grauen Wölfe und Reisebüros an. Obwohl der Arbeiterpartei Kurdistans PKK keine Urheberschaft nachgewiesen werden konnte, dienten diese Proteste als Anlass für das am 26. November 1993 vom damaligen Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) verfügte Betätigungsverbot der PKK, der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans ERNK sowie von 29 örtlichen Kulturvereinen.

Infolge des PKK-Verbots wurden in den vergangenen 25 Jahren eine Vielzahl von Demonstrationen, Newroz-Festen und selbst Fußballspielen und Hochzeiten verboten. Hunderte Kulturvereine und Privatwohnungen wurden von der Polizei gestürmt. Tausende Menschen wurden zu Geld- oder sogar Haftstrafen verurteilt, weil sie für den Befreiungskampf gespendet, Bilder von PKK-Chef Abdullah Öcalan gezeigt oder in Liedern die Guerilla gefeiert hatten. Dutzende Kader der Freiheitsbewegung

wurden als vermeintliche Mitglieder einer terroristischen Vereinigung zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Ein Ende dieser Verfolgung ist nicht abzusehen, im Gegenteil wird das PKK-Verbot zunehmend auf die syrisch-kurdischen Vereinigungen PYD, YPG und YPJ und ihre Symbole ausgeweitet.

Das PKK-Verbot hat mehrere Dimensionen. Zum einen ist es im Rahmen der ja schon mehr als 150-jährigen strategischen wirtschaftlich und geopolitisch begründeten Waffenbrüderschaft der herrschenden Klassen Deutschlands und der Türkei zu verorten. Wie die Tageszeitung Hürriyet bekanntgab, war das Verbot in enger Kooperation zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und der türkischen Ministerpräsidentin Tansu Ciller vorbereitet worden. Diese außenpolitische Dimension wird im Verbotsbescheid deutlich, der eben nicht nur eine Gefährdung der inneren Sicherheit und öffentlichen Ordnung durch die der PKK angelasteten Gewalttaten beinhaltet, sondern auch eine Gefährdung der „außenpolitischen Belange der Bundesrepublik Deutschland“. Wörtlich heißt es: „Die politische Agitation der PKK und ihr nahestehender Organisationen hat zwischenzeitlich ein außenpolitisch nicht mehr vertretbares Ausmaß erreicht [...] Die deutsche Außenpolitik und die Außenpolitik der gesamten westlichen Welt tritt für Integrität eines wichtigen NATO-, WEU- und Europapartners im Interesse des Friedens in der gesamten Region ein. Eine weitere Duldung der PKK-Aktivitäten in Deutschland würde diese deutsche Außenpolitik unglaubwürdig machen und das Vertrauen eines wichtigen Bündnispartners, auf das Wert gelegt wird, untergraben.“ Wohlgermerkt ist hier nicht mehr von Gewalttaten die Rede, die der PKK angelastet wurden, sondern generell von politischer Agitation. Dies erklärt auch, warum eine Gewaltverzichtserklärung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan gegenüber Europa in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zwar eine gewisse Entspannung aber keine Aufhebung des Verbot brachte. Mit keinem Wort wird in dem 53-seitigen Verbotsbescheid die Unterdrückung der Kurden in der Türkei, das Verbot ihrer Sprache und Kultur, die Zerstörung von Dörfern durch die Armee, Folter und Morde von Todesschwadronen an

hender Organisationen hat zwischenzeitlich ein außenpolitisch nicht mehr vertretbares Ausmaß erreicht [...] Die deutsche Außenpolitik und die Außenpolitik der gesamten westlichen Welt tritt für Integrität eines wichtigen NATO-, WEU- und Europapartners im Interesse des Friedens in der gesamten Region ein. Eine weitere Duldung der PKK-Aktivitäten in Deutschland würde diese deutsche Außenpolitik unglaubwürdig machen und das Vertrauen eines wichtigen Bündnispartners, auf das Wert gelegt wird, untergraben.“ Wohlgermerkt ist hier nicht mehr von Gewalttaten die Rede, die der PKK angelastet wurden, sondern generell von politischer Agitation. Dies erklärt auch, warum eine Gewaltverzichtserklärung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan gegenüber Europa in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zwar eine gewisse Entspannung aber keine Aufhebung des Verbot brachte. Mit keinem Wort wird in dem 53-seitigen Verbotsbescheid die Unterdrückung der Kurden in der Türkei, das Verbot ihrer Sprache und Kultur, die Zerstörung von Dörfern durch die Armee, Folter und Morde von Todesschwadronen an

kurdischen Politikern und Intellektuellen erwähnt. Obwohl die PKK im Frühjahr 1993 das Ziel eines eigenen Staates zugunsten einer föderalen Lösung aufgegeben hatte, schloss sich das Bundesinnenministerium der Darstellung der türkischen Regierung von der „separatistischen“ PKK an.

Das PKK-Verbot ist nicht auf dem deutsch-türkischen Mist alleine gewachsen, sondern hat eine darüber hinausgehende internationale Dimension. Es war Bestandteil eines in der zweiten Hälfte der 80er Jahre von der NATO eingeleiteten Programms zur Aufstandsbekämpfung gegen die PKK, mit dem die Türkei als westlicher Brückenkopf im Mittleren Osten stabilisiert werden sollte. Das mit Waffenlieferungen an die türkische Armee unterstützte militärische Vorgehen gegen die Guerilla in Kurdistan sollte durch politische Maßnahmen in Europa ergänzt werden. Deutschland mit seiner großen kurdischen Diaspora einerseits und einem besonders restriktiven Staatsschutzrecht andererseits kam hier eine Schlüsselstellung zu. So wurde seit 1989 in Düsseldorf ein Schauprozess gegen rund 20 kurdische Politiker mit dem Ziel geführt, die ganze Befreiungsbewegung als terroristisch zu brandmarken. Doch analog zum Ausbruch von Volksaufständen in Kurdistan 1990 verzeichnete die PKK Anfang der 90er Jahre breitere Unterstützung innerhalb der kurdischen Arbeitsmigration in der Bundesrepublik. Ziele der Düsseldorfer Prozess noch auf die Kader der Bewegung, so galt das PKK-Verbot der Einschüchterung und Kriminalisierung der Masse der Unterstützer an der Basis.

Dass die PKK eine sozialistische Organisation ist, die 1993 noch das kommunistische Emblem mit Hammer und Sichel auf ihrer Fahne führte, spielte zumindest eine psychologische Rolle bei dem Verbot, das auch eine antikommunistische Dimension hat. Denn der Antikommunismus ist seit Gründung der Bundesrepublik als Frontstaat im Kalten Krieg wichtiger Bestandteil der Staatsräson. Erinnert sei an dieser Stelle an das bis heute fortbestehende Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) durch das Bundesverfassungsgericht im Jahre 1956. Für Polizei, Justiz und Verfassungsschutz gilt bis heute: der Feind steht links. Diese Maxime gilt umso mehr, wenn sich Migranten selbst für ihre Belange organisieren. Diese rassistische Dimension des PKK-Verbots sollte nicht ausgeblendet werden.

Dazu kommt eine bürokratische Dimension des PKK-Verbots, das nach einem Vierteljahrhundert längst zu einem Selbst-

läufer bei einer ganzen Generation von Staatsanwälten und Richtern, Polizisten und Geheimdienstmitarbeitern geworden ist. Diese Routine bei der Verfolgung führt zu einem verengten innenpolitischen Tunnelblick bei den Sicherheitsbehörden. Diese zeigen sich völlig ignorant gegenüber außenpolitischen Entwicklungen wie dem gescheiterten Friedensprozess in der Türkei, dem Kampf kurdischer Verbände gegen den sog. Islamischen Staat im Irak und Syrien, der Rojava-Revolution und der Besetzung des Kantons Afrin durch die türkische Armee. Während im Sommer 2014 selbst CDU-Politiker über Waffenlieferungen an die PKK nachdachten, sahen Polizei und Verfassungsschutz weiterhin nur eine mögliche Gefährdung der inneren Sicherheit durch kurdische Demonstranten. Zwar bestätigte die Bundesregierung auf Anfrage der Linksfraktion, dass hunderte Demonstrationen während des Kampfes um Kobani im Winter 2014/15 fast zur Gänze friedlich blieben. Doch gerade diese friedlichen Demonstrationen seien ja der Beweis für den Einfluss der PKK auf die kurdischstämmige Migration, schlussfolgerte die Bundesregierung. Und wer seine Anhänger massenhaft zum friedlichen Protest aufrufe, könne ja unter Umständen auch anders, nämlich gewalttätig demonstrieren, wurde die Notwendigkeit des PKK-Verbots gerade aus der Friedfertigkeit der Kobani-Proteste heraus begründet.

Schließlich hat das PKK-Verbot noch eine demokratische Dimension. Zum einen werden hunderttausende vor allem kurdischstämmige Bürgerinnen und Bürger seit 25 Jahren in elementaren Grundrechten wie dem Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit eingeschränkt. Doch zum anderen wirkt die Verfolgung der kurdischen Freiheitsbewegung zugleich als Schrittmacher

beim Abbau demokratischer Grundrechte in Deutschland. Unter dem Vorwand der „Terrorismus-Bekämpfung“ begann die Verfolgung und Kriminalisierung der kurdischen Bewegung bereits in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre als Reaktion auf den sich entfaltenden kurdischen Freiheitskampf in der Türkei. Diese Kriminalisierung wurde Anfang der 90er Jahre als Pilotprojekt für die Behandlung von Menschen-, Bürger- und Freiheitsrechten nach dem Ende des Kalten Krieges vorangetrieben. Es galt ein Modell des „Sicherheitsstaates“ mit formal-demokratischen und rechtsstaatlichen, in Wahrheit jedoch zunehmend polizeistaatlichen Grundlagen und Methoden weiterzuentwickeln. Beschleunigt wurde diese Entwicklung im neuen Jahrtausend, wenn auch das Feindbild des „Terrorkurden“ nun beim rapiden Abbau demokratischer Rechte zunehmend durch das neue Universalfeindbild des „islamischen Terrorismus“ überlagert wurde. Die so begründeten Gesetzesverschärfungen richten sich freilich auch wieder gegen die kurdische Freiheitsbewegung. Dass die PKK in 25 Verbotsjahren selbst nach Angaben des Verfassungsschutzes ihre Mitgliedschaft immer weiter vermehren konnte, sollte den Herrschenden die Sinnlosigkeit dieses Verbots vor Augen führen. Dieses Verbot wird einmal auf dem Müllhaufen der Geschichte landen – dafür sorgen nicht nur die beharrlichen Proteste in Deutschland, sondern vor allem die unter großen Opfern erkämpften Errungenschaften der kurdischen Freiheitsbewegung im Mittleren Osten.

Quelle: www.yeniozgurpolitika.net/dimensionen-eines-verbots/

Weitere Informationen zum Thema findet Ihr auf der Website des Autors:

www.nikolaus-brauns.de ■

Weg mit
dem
PKK-Verbot!

Frauen*streik 2019: Das war erst der Anfang!

PETRA STANIUS

Am diesjährigen Internationalen Frauentag waren auch in Deutschland Zehntausende auf den Straßen statt bei der Arbeit. In vielen Städten demonstrierten Menschen gegen Diskriminierung und Unterdrückung. Frauen, Lesben, inter und nicht-binäre Personen sowie trans Männer beteiligten sich mit bunten Aktionen am feministischen Streik.

Laut der Pressemitteilung des bundesweiten Frauen*streik-Bündnisses waren 25.000 Menschen in Berlin auf zwei Demonstrationen, 10.000 in Hamburg, über 4.000 in Leipzig, 3.500 in Frankfurt, 3.000 in Köln, 2.500 in München sowie 2.000 in Freiburg und Kiel. Für jede Stadt seien es große Zugewinne im Vergleich zum vergangenen Jahr. Aber auch in zahlreichen weiteren Städten fanden Aktionen mit zum Teil beeindruckenden Teilnehmer*innenzahlen statt.

Ein kleiner, unvollständiger Rückblick auf Aktionen in Oberhausen und Umgebung am 8. / 9. März 2019. ■

Frauenfrühstück und Flashmob

Auch in diesem Jahr gab es in Oberhausen am 8. März das Internationale Frauenfrühstück im Zentrum Altenberg. Ausgerichtet wurde es vom Kommunalen Integrationszentrum, dem Verein Frauen helfen Frauen e.V. und weiteren Kooperationspartner*innen. Auch das Frauen-Plenum Oberhausen war wieder mit dabei. In diesem Jahr haben die Organisatorinnen das Motto gewählt: „Frauenstreik – Wofür gehst Du auf die Straße“.

Etwa 150 Frauen nahmen an der Veranstaltung teil, die neben Essen und Getränken auch ein interessantes Programm zu bieten hatte. Die Frauen schrieben ihre Forderungen auf Plakate und brachen kurz vor dem informellen Teil der Veranstaltung zu einer Demonstration zur nahe gelegenen Concordiastraße auf. Da es auf dem Rückweg einige Zeit dauerte, bis alle den Kreisverkehr passiert hatten, wurde dieser dabei kurzzeitig blockiert.

Gewerkschafter*innen der IG BAU waren an der Aktion sichtbar beteiligt: „Respect for Cleaners“ – Respekt für Reinigungskräfte – stand auf einem der Transparente.

Oberhausen war eine von insgesamt 35 deutschen Städten, in denen zum 8. März Aktionen und Demonstrationen von der IG BAU unterstützt wurden. ■



Der Flashmob am 8. März 2019 in Oberhausen. Foto: Andrea-Cora Walther.

ver.di Ruhr-West: Frauenstreik-Aktion in Essen

Die Landesbezirksfrauenkonferenz der Gewerkschaft ver.di hatte im Januar mit einer Resolution die regionalen und überregionalen Aktionen unter dem Motto „Frauen*streik“ unterstützt und alle ver.di-Kolleginnen aufgerufen, sich nach Möglichkeit einzubringen.

Die ver.di-Frauen von Ruhr-West haben diesen Beschluss auf ihre Weise umgesetzt: mit einem Flashmob in der Essener Innenstadt. Mit Unterstützung einiger männlicher Kollegen zogen sie, mit lila Federboas geschmückt, mit Plakaten und Transparent vom Gewerkschaftshaus über die Limbecker Straße zur Rathaus Galerie. „Wenn wir Frauen die Arbeit niederlegen, steht die Welt still“, war unter anderem darauf zu lesen.

Die Poetry-Slammerin und Kabarettistin Ella Anschein begleitete die Aktion und trug mit ihren unterhaltsamen, aber auch sehr treffenden Beiträgen dazu bei, dass sie einige Beachtung erhielt. ■



Ver.di-Flashmob am 8. März 2019 in der Rathaus Galerie in Essen. Foto: Avanti O.

Streikaktion der Theaterfrauen

Vom Mittag bis zum frühen Abend des 8. März waren die Oberhausener Theaterfrauen mit ihrer Streikaktion auf der Marktstraße präsent: Sie hatten ein Zentrum für Austausch, Reflexion, Fun und Wellness für alle Oberhausener*innen organisiert. Ihr lila Banner mit der Aufschrift „frauen*streik“ war gut zu sehen. Die Frauen trugen lila Kronen. Auf Kunststrassen standen ein paar Stühle bereit und symbolisierten den Sitzstreik. An ihnen lehnten Plakate. Auf einem stand: „Ich streike für Gleichberechtigung“. Eine Tafel forderte auf zu drei Minuten Stillstand zu jeder vollen Stunde. Ansonsten gab es Zuckerwatte und Würstchen.

Zu späterer Stunde folgte ein feministisches Minifestival im Theater, ebenfalls mit Bezug auf den Frauen*streik und unter dem Motto „Bewegung als Widerstand“.

Am Nachmittag des 9. März ging das Festival weiter – nach der Demo in Düsseldorf.



Die Streikaktion der Theaterfrauen in Oberhausen auf der Marktstrasse, am 8. März 2019.

Foto: Avanti O.

Die Streikaktion der Theaterfrauen in Oberhausen auf der Marktstrasse, am 8. März 2019.



Foto: Avanti O.

Landesweite Frauenstreikdemo

Eine landesweite Demonstration zum Anlass des Internationalen Frauenkampftages fand am 9. März in Düsseldorf statt.

Aufgrund zahlreicher Missstände und Diskriminierungen, die abgestellt gehören, war der Forderungskatalog lang. Der Aufruf für die Demo schloss auch die Forderung nach der Erhaltung der Umwelt ein und richtete sich unter anderem gegen Krieg und Vertreibung sowie gegen Nationalismus und Rassismus. Kurd*innen und ihre Forderungen waren auf der Demo sehr präsent.

Hatte das Wetter am Vortag noch mitgespielt, wurde es an diesem Samstag ausgesprochen unangenehm. Regen und ein kräftiger Wind machten die Demo zur Herausforderung, besonders für die, die die Transparente und Fahnen trugen. Trotzdem nahmen etwa 1.700 Menschen teil.



Frauenstreikdemo am 9. März 2019 in Düsseldorf.

Foto: Avanti O.



Nach dem Frauenstreik ist vor dem Frauenstreik

Ein Anfang ist gemacht. Und was nicht ist, kann noch werden. Die Chancen, dass die Frauen*streikbündnisse auf dem Erreichten aufbauen, stehen gut: Die Nachbereitung des 8. März 2019 geht schon nahtlos über in die Vorbereitung des 8. März 2020. Auch in Oberhausen.

Frauenseminar der IV. Internationale 2019: Theorie und Praxis der internationalen Frauenbewegung

Regelmäßig finden im International Institute for Research and Education (IIRE) in Amsterdam Frauenseminare der IV. Internationale statt. So auch im Sommer dieses Jahres. Politische Aktivistinnen aus aller Welt kommen hier zusammen, um sich über den Stand der Frauenbewegung in ihren Herkunftsländern auszutauschen und theoretische und praktische Ansätze für ihre politischen Interventionen zu diskutieren. Das Seminar ist eine wichtige Veranstaltung, sowohl für die Teilnehmerinnen selbst als auch für ihre Organisationen und Gruppen, in denen sie aktiv sind.

Wir veröffentlichen darum hier den Spendenaufruf des IIRE:

Den neuen Aufstieg der Frauenbewegung verstehen!

In den letzten Jahren kam es zu einem spannenden und motivierenden neuen Aufstieg der Frauenbewegung, der in Argentinien begonnen hat und umfassende Mobilisierungen gegen Gewalt in Indien einschließt, die Anti-Trump-Mobilisierungen in den USA und anderswo im Januar 2017, die weltweite #metoo-Bewegung, #Ele Nao! in Brasilien, den massenhaften Frauenstreik im Spanischen Staat in 2018 und 2019...

Wir wollen Frauen zusammenbringen, die an all diesen Erfahrungen teil gehabt haben, und noch mehr, zu einem gemeinsamen Verständnis der Wurzeln, der Formen und der Schwierigkeiten dieser neuen Frauenbewegung kommen, die den Kampf für die Emanzipation von Frauen und Frauenrechte weltweit auf die politische Agenda gesetzt hat. Und dies zum ersten Mal seit der Frauenbefreiungsbewegung der 1960er und 1970er Jahre, die mit der weltweiten Radikalisierung der Jugend in dieser Zeit entstand.

Solche neuen Erfahrungen sind natürlich ein Schub für ein erneutes Nachdenken darüber, in welcher Weise und warum Frauenunterdrückung existiert. Hauptsächlich unter englischsprachigen Feminist*innen in Nordamerika sind eine Reihe von Arbeiten entstanden, die bekannt sind als

„Theorie der sozialen Reproduktion“, während „Ökofeminismus“ sich als Ansatz in der kastilisch/spanisch sprechenden Welt entwickelt hat. Diese beiden wertvollen Erkenntnisse zu verstehen, von ihnen zu profitieren und sie zu integrieren ist unentbehrlich für die Entwicklung unseres Denkens als revolutionäre Marxist*innen: Wir sind offen dafür, von den realen sozialen Bewegungen, die uns umgeben, zu lernen.

Zur selben Zeit müssen wir auch erkennen, dass Sexismus sogar in Organisationen weiter existiert, die sich für die Emanzipation von Frauen und für Sozialismus engagieren. Unsere Erfahrungen hierüber auszutauschen, welche vorbeugenden Maßnahmen ergriffen werden und wie solche Handlungen sanktioniert werden sollen, ist ein fortwährender Lernprozess für uns alle und ein wesentlicher Bestandteil aller unserer Frauentreffen.

Dies sind die Ziele des Frauenseminars, das von der Frauenkommission der IV. Internationale in diesem Juli in unserem Institut in Amsterdam organisiert wird.

Natürlich ist die Organisation dieses Seminars teuer. Der größte Posten sind die Reisekosten. Wir brauchen eure Hilfe, um die Tickets der Genossinnen aus dem Globalen Süden zu bezahlen, deren Beitrag unverzichtbar ist, um dieses neue weltweite Phänomen zu verstehen.

Ihr könnt zu dem Erfolg dieses Seminars beitragen, indem ihr eine Spende auf das folgende Bankkonto überweist:

Kontoinhaber: SOWS

Bank: ING Bank Amsterdamse

IBAN: NL55INGB0001039161

BIC: INGBNL2A

Verwendungszweck: women's seminar 2019

Übersetzung aus dem Englischen: P. Stanius ■

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Oberhausen)

- MO, 06.05.19, 18:00 Uhr, Treffen vom Essener Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus; ausnahmsweise in den Räumen des Personalrates der Unikliniken Essen, Verwaltungsgebäude (Untergeschoss), Hufelandstr. 55, 45147 Essen
- MI, 08.05.19, 12:00 Uhr, Verhandlung betr. BR Aldi-Süd, Saal 004, Arbeitsgericht Düsseldorf (siehe S. 3)
- DO, 09.05.19, 11:30 Uhr, Verhandlung betr. BR Sea Life, Saal 2, Arbeitsgericht Oberhausen (siehe S. 4)
- MI, 29.05.19, 19:00 Uhr, Treffen des Frauen-Plenum Oberhausen, Annastr. 28, Oberhausen

Vorschau

- MO, 03.06.19, 18:00 Uhr, Treffen vom Essener Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus, Gewerkschaftshaus (Raum K2), Teichstr. 4a, Essen

Impressum + Redaktion:

ISO Oberhausen & Freund*innen
V.i.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46
Email: info@iso-4-oberhausen.de
Web: www.iso-4-oberhausen.de

Kontakt:

ISO / IV. Internationale Oberhausen
Postfach 10 01 25
D-46001 Oberhausen

